

Transnationale Hochschulentwicklung als Chance: Östliche Partnerschaft, Bologna und Belarus

Von Felix Ackermann, Vilnius

Zusammenfassung

Der folgende Beitrag greift die Forderung nach einem stärkeren deutschen Engagement zugunsten einer neuen Qualität der Kooperation mit belarussischen Akteuren jenseits der Dichotomie von Zivilgesellschaft und Staat auf und skizziert ein Programm zur Förderung europäischer Hochschulentwicklung. Dieses könnte von der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius aus gemeinsam mit Partnern in Belarus, Litauen, Polen und Deutschland neue Methoden transnationaler Lehre und Forschung weiterentwickeln und vermitteln. Eine stärker vernetzte belarussische Bildungslandschaft wird dabei als konstituierender Teil einer stärker autonom handelnden Zivilgesellschaft verstanden, von der in Zukunft wichtige Impulse für Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Kultur in Belarus ausgehen.

Bildung als Ausweg aus der Isolation? Die Europäische Nachbarschaftspolitik und Belarus

Belarus ist heute das einzige größere Land Europas das nicht am Bologna-Prozess teilnimmt. Der graue Fleck auf der Bologna-Karte ist Sinnbild für beides: Die durch das autoritäre Regime gewollte Isolation der belarussischen Bildungslandschaft und das Scheitern der Östlichen Partnerschaft (ÖP). Dabei hatte Belarus als Land schon bei seiner Aufnahme 2009 eine Sonderrolle: Es wurde in die Östliche Partnerschaft aufgenommen, obwohl es schon damals die gestellten Bedingungen nicht erfüllte. Gleichzeitig wurde Belarus kein Assoziierungsabkommen mit der EU in Aussicht gestellt. Aljaksandr Lukaschenka nutzte die strategische Schwäche der EU aus und führte seine Politik des geopolitischen Ausspielens von Russland und EU bis zur brutalen Niederschlagung der Demonstrationen im Dezember 2010 fort.

Die westlichen Bemühungen im Rahmen der ÖP einen Kommunikationskanal mit seinem Regime offen zu halten galten bereits zuvor als gescheitert. Die Führung in Minsk sagte dann nach einem Sommer der Repressionen im September 2011 die Teilnahme am Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft in Warschau ab. Damit machte sie deutlich, dass sie trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht an einer engeren Zusammenarbeit zu den Bedingungen der EU interessiert ist, da mehr Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft Aljaksandr Lukaschenkas Machtbasis bedrohen würden. Auch die anhaltende Wirtschafts- und Währungskrise führte nicht zu einer Annäherung zwischen EU und Belarus. Stattdessen wurde 2012 die Kooperation mit Russland und Kasachstan in Form des neuen eurasischen Wirtschaftsraums gestärkt. Russisches Kapital sorgte für eine kurzfristige Stabilisierung der ökonomischen Situation in Minsk sowie für eine fort-

schreitende Privatisierung belarussischer Betriebe durch russische Investoren.

Damit bestätigt sich die im Januar 2012 vorgelegte Analyse einer Expertengruppe deutscher Politiker: Die ÖP war bisher weitgehend ineffektiv und Belarus nimmt in der Gruppe der Zielländer weiterhin eine besondere Position ein. Die Schlussfolgerungen decken sich weitgehend mit den Vorschlägen von Anais Marin, die Ende 2011 die offensive Eröffnung eines dritten Pfades zwischen der Exklusion des Regimes und der Inklusion der Zivilgesellschaft forderte (s. Lesetipps). Beide Positionen gehen davon aus, dass eine Demokratisierung eher durch die Praxis der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen belarussischen Akteuren erreicht wird, als durch das ausschließliche Knüpfen von Bedingungen an eine Kooperation mit der staatlichen Führung in Minsk. Dennoch sollten grundlegende Prinzipien wie Bürgerbeteiligung und Transparenz in den Prozess eingebbracht werden. Dieser werde dann erfolgreich sein, wenn gemeinsame Interessen in den Bereichen Produktion, Infrastruktur und Handel definiert und mit konkreten Projekten verwirklicht werden.

Denkt man nun die Herausforderungen einer erneuerten ÖP und den Bologna-Prozess zusammen, so zeigt sich die Möglichkeit, gerade im Bildungswesen einen Teil der bestehenden und künftigen belarussischen Elite in Kommunikations- und Kooperationsprozesse auf den Ebenen unterhalb der Staatsführung einzubeziehen. So wie die belarussische Wirtschaft mittelfristig auf Modernisierungsimpulse von außen angewiesen ist, kann auch die belarussische Wissenschaft auf Dauer nur durch eine stärkere Vernetzung Anschluss an globale Entwicklungen behalten. Derzeit verstärken sowohl der Ausschluss aus dem Bologna-Prozess als auch die Krise der Östlichen Partnerschaft die Isolation weiter Teile der belarussischen Wissenschaftslandschaft.

Die belarussische Bildungslandschaft zwischen Repression und Reform, Isolation und Kooperation

In der Republik Belarus existieren heute nur noch vereinzelte Rückzugsräume akademischer Freiheit. Die Universitäten sind direkt dem Bildungsministerium in Minsk untergeordnet. Die formell bestehende akademische Selbstverwaltung wird ebenso imitiert und missachtet wie das Recht auf freie Wahlen zum Parlament oder des Präsidenten auf Republikebene. Der Mangel an akademischer Freiheit geht aber nicht nur auf die Bürokratie eines autoritären Staatswesens zurück. Die flächendeckende Einführung einer von Aljaksandr Lukaschenkas Staatsideologen konzipierten Mischung aus sowjetischen, populistischen und postsozialistischen Elementen führte einerseits zum Erstarken derjenigen Wissenschaftler, die das Regime aktiv tragen. Andererseits sind heute viele Akteure in der belarussischen Wissenschaftslandschaft soweit von der gängigen Praxis enttäuscht, dass sie potenzielle Akteure von Veränderung sind.

Besonders groß ist die Unzufriedenheit in den Geisteswissenschaften. Ganze Generationen von Akademikern können sich nicht promovieren oder habilitieren, weil die entsprechenden Kontrollgremien entweder aktiv Themen jenseits des staatlichen Kanons verhindern oder Angst vor Abweichungen haben. Immer wieder werden Wissenschaftler Opfer politischer Repressionen, weil sie entweder bestimmte Themen aufgegriffen haben oder sich außerhalb der Hochschule politisch für die Opposition engagiert haben.

Gleichzeitig hat auch in Belarus die Vermarktlichung der Wissenschaft eingesetzt. Nur noch ein Teil der Studienplätze wird vom Staat voll finanziert. Nach der bereits erfolgten Verkürzung der Schulzeit von zwölf auf elf Jahre, werden zurzeit im gesamten Land Maßnahmen zur Einsparung von Lehrkräften und Forschungsstellen umgesetzt: Die bereits für Herbst 2012 geplante Verkürzung des fünfjährigen Diplomstudiengangs auf vier Jahre lässt sich als formelle Entwicklung in Richtung des Bologna-Bachelors deuten. Sie ermöglicht aber auch große Einsparungen bei Lehraufträgen. Die Akademie der Wissenschaften in Minsk arbeitet derzeit am größten Umbau seit Jahrzehnten – besonders betroffen von den geplanten Kürzungen sind die Geisteswissenschaften. Da weiterhin fast alle Arbeitsplätze an den Hochschulen direkt vom Staat kontrolliert werden, tragen die meisten Wissenschaftler die Veränderungen ohne Protest.

Die Konsequenz ist eine weitreichende Isolation der belarussischen Bildungslandschaft. Sie ist die Folge einer innerbelarussischen Dynamik aus Kontrolle, Angst und Verboten, die nur selten offengelegt werden. So funktioniert in den einzelnen Institutionen ein wohl austarierteres System der Selbstzensur von unten und der Bevor-

mundung von oben. Dabei sind die Grenzen zwischen oben und unten in Bezug auf soziale Absicherung, Einkommen und Anerkennung fließend und nicht besonders ausgeprägt.

Statt in der Mitte Europas Impulse aufzunehmen, zu verarbeiten und weiterzugeben oder eigene zu entwickeln, befindet sich die Wissensproduktion in Belarus heute an der äußersten Peripherie west- und ostmitteleuropäischer Diskurse. Zwar ist die Vernetzung mit Akteuren in Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion größer. Aber auch in Bezug auf Moskau liegt Minsk an der Peripherie.

Die EHU in Vilnius als Labor und Vermittler partizipativer Wissensbildung

Nach ihrer Schließung durch das Minsker Bildungsministerium wurde die Europäische Humanistische Universität 2005 in Vilnius als litauische Privathochschule akkreditiert. Im litauischen Exil studieren heute 600 junge Belarussen Kultur-, Medien oder Rechtswissenschaften. 1200 weitere absolvieren von Minsk, Homel, Wizebsk und anderen belarussischen Städten aus ein Fernstudium mit kurzen Präsenzphasen in Vilnius. Da weit über die Hälfte der Studierenden und Absolventen fest in Belarus verankert ist und mehr als 80 % der Dozenten dauerhaft in Belarus lebt, ist die EHU trotz ihres Exilstatus weiterhin als fester Teil der belarussischen Bildungslandschaft zu betrachten.

Schon nach ihrer Gründung im Jahr 1992 war die Hochschule in Minsk ein Labor für neue Formen der Lehre und Forschung. Gemeinsam mit Partnern in Belarus, Polen, Frankreich, Deutschland, Norwegen und Amerika wurden neue Studienprogramme auf den Weg gebracht und ein alternatives geisteswissenschaftliches Curriculum entwickelt, dessen Schwerpunkt auf den philosophischen Grundlagen europäischer Werte liegt.

Dabei arbeitete die EHU noch 2002 gemeinsam mit dem Minsker Bildungsministerium und der Belarussischen Staatlichen Hochschule an einem Pilotprojekt zur Überführung einzelner Studiengänge zum Bologna-Modell. Die Entscheidung des Bildungsministeriums, diesen Versuch abzubrechen und weiterhin ausschließlich fünfjährige Diplomstudiengänge anzubieten, ging zeitlich einher mit vermehrten administrativen Schikanen gegen die EHU, die 2004 zur Schließung der Hochschule führten.

Da die meisten Studiengänge der EHU zu diesem Zeitpunkt an die Bologna-Vorgaben angepasst waren, konnte die Hochschule 2005 ihre Arbeit als litauische Privathochschule mit geringen Anpassungen fortsetzen. Heute stellt sie die einzige funktionierende Alternative zu belarussischen Hochschulen in der Region dar, die ein Bologna-kompatibles Studium in belarussischer, russi-

scher und englischer Sprache anbietet. Trotz des großen Anteils von belarussischen Lehrkräften und Studierenden ist die EHU bereits heute ein internationales Projekt: Durch die tägliche Forschungsarbeit in mehreren Sprachen sowie die intensive Zusammenarbeit von Lehrkräften aus über 12 Ländern in diversen Präsenz- und Fernstudiengängen ist die EHU weiterhin ein Labor – nun mit einem Schwerpunkt auf europäische Hochschulentwicklung in einem regionalen, transkulturellen Rahmen. Gleichzeitig ist die EHU durch die Mehrzahl der in Belarus lebenden Lehrkräfte und die vielen berufsbegleitenden Fernstudenten stark in die belarussische Gesellschaft eingebunden. Genau in dieser Scharnierwirkung besteht schon heute die Stärke der Hochschule im Exil.

Die Finanzierung der EHU wird derzeit zu etwa einem Viertel aus Gebühren und zu drei Vierteln durch die Europäische Kommission, mehrere europäische Regierungen sowie eine Vielzahl amerikanischer Förderer gesichert. Der Deutsche Akademische Austauschdienst förderte die EHU in Minsk und seit 2011 auch in Vilnius durch eine Langzeitdozentur, die am Zentrum für Deutschlandstudien angesiedelt ist. Das Zentrum entwickelt derzeit ein Zertifikat für Deutschland- und Europastudien. Das zusätzliche Qualifikationsangebot wird von Gastdozenten in deutscher Sprache angeboten und richtet sich an belarussische und litauische Studierende in Vilnius. Darüber hinaus unterstützt das Zentrum belarussische Forscher bei der Suche nach Partnern und Förderern. Es richtet öffentliche Diskussionen, Buchpräsentationen sowie Ausstellungen aus.

Ausgehend von bestehenden Ideen und Initiativen könnte an der EHU dank einer verstärkten Unterstützung seitens der Bundesrepublik Deutschland ein Forum für europäische Hochschulentwicklung entstehen. Dieses nimmt methodische und inhaltliche Impulse aus Belarus sowie der gesamten Region auf und vermittelt neu gewonnene transnationale Wissensbildungsstrategien. Dafür ist Vilnius vorübergehend ein idealer Standort, wobei das Forum perspektivisch in Minsk tätig werden sollte, sobald die EHU dorthin zurückkehrt.

Konsequenzen für die deutsche Politik: Europäische Bildung ermöglichen, erforschen und weiterentwickeln

1. Dank der bestehenden Präsenz des Deutschen Akademischen Austauschdiensts sowie durch Programme des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, der Gerda Henkel Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Alexander von Humboldt Stiftung, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie weiterer deutscher Akteure gibt es schon heute Angebote, die einzelnen, exzellenten Studierenden und Forschern aus Belarus Kooperationen und Gastaufenthalte in Deutschland ermöglichen.

Um ein deutliches Signal an die in der belarussischen Hochschulbildung tätigen Akteure zu senden, könnte Deutschland die für Belarus bestehenden Förderangebote ausbauen und stärker als bisher mit den Aktivitäten der europäischen Nachbarn wie Polen koordinieren. Ziel eines verstärkten Engagements wäre trotz der politischen Situation, weiter Netzwerke für zukünftige Kooperationen zu knüpfen und einen wissenschaftlichen Austausch auf mittlerer und unterer Ebene mit möglichst vielen Akteuren fortzuführen und auszubauen.

2. Die Europäische Humanistische Universität erfüllt als belarussische Exiluniversität eine Vermittlerrolle zwischen der EU und Belarus. In Vilnius könnte mit deutscher Unterstützung ein Forum für Europäische Hochschulentwicklung entstehen. Das Forum sondiert das in Ostmitteleuropa akquirierte Wissen über den Bologna-Prozess kritisch und bündelt es zu Methoden für den Einsatz in der Praxis, die einen wichtigen Impuls für die Entwicklung in Belarus geben.

Die Kooperation der EHU mit weiteren Universitäten in Litauen, Lettland, Polen, Deutschland und perspektivisch auch in Belarus würde interinstituitional verankerte Forschungsprojekte zur Europäisierung der Bildung auf den Weg bringen. Die daraus resultierende Entwicklung und Vermittlung neuer Methoden transnationaler Hochschuldidaktik würde Impulse in die Region senden und Belarus in einem breiter angelegten Prozess berücksichtigen.

3. Mittelfristiges Ziel muss sein, dass Belarus dem Bologna-Prozess beitritt. Er bietet eine Vielzahl von erprobten Instrumenten, um die bestehende Isolation von Belarus im Bezug auf die Vernetzung und Weiterentwicklung der Wissenschaften zu verringern und belarussische Kollegen stärker in transnationale Projekte einzubinden. Ein Versuch, die Östliche Partnerschaft mit neuem Leben jenseits der Dichotomie von Zivilgesellschaft und Politik zu erfüllen, sollte dieses Ziel auf die Agenda setzen und Bildung als essenzielle Voraussetzung der Stärkung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit berücksichtigen.

Voraussetzung für die Aufnahme von Belarus in den Bologna-Prozess sollte die Wiederherstellung Akademischer Freiheit als Grundvoraussetzung wissenschaftlicher Arbeit sein.

Dazu ist ein Ende der Repressionen gegen Wissenschaftler und Studierende notwendig, die von der offiziellen belarussischen Staatsideologie abweichende Positionen vertreten. Um diese Freiheit zu gewährleisten, müsste die Eigenverantwortlichkeit belarussischer Universitäten gestärkt werden.

Informationen zum Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Anm.: Der Beitrag geht auf die Ergebnisse eines Workshops am Zentrum für Deutschlandstudien der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius am 29. März 2012 sowie einen Vortrag am 4. Mai 2012 in der Berliner Repräsentanz der Bertelsmann-Stiftung zurück. Die darin geäußerten Ansichten sind allein Meinung des Autors.

Über den Autor:

Dr. Felix Ackermann lehrt seit November 2011 als Langzeitdozent des Deutschen Akademischen Austauschdiensts an der Europäischen Humanistischen Universität in Vilnius.

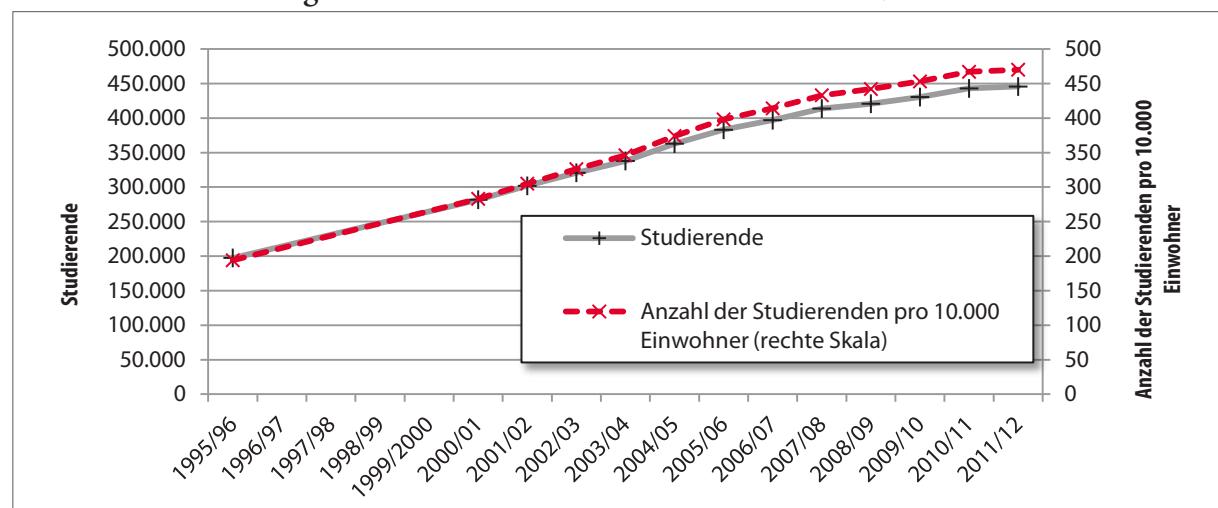
Lesetipps:

- Markus Meckel u. a.: Deutsche Außenpolitik und Östliche Partnerschaft. Positionspapier der Expertengruppe Östliche Partnerschaft, in: DGAPStandpunkt No 1 / 2012, S. 1–4.
- Anais Marin: Saving what can be: what the Eastern Partnership could (still) bring to Belarus, in: Eastern Partnership Review No. 3 / 2011, S. 4–16.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Hochschulen und Forschung & Entwicklung

Grafik 1: Entwicklung der Anzahl der Studierenden in Belarus 1995–2012



Quelle: Staatliches Statistikamt, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/uroven.php>

Tabelle 1: Hochschulen und Studierende

	1995/96	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/10	2010/11	2011/12
Hochschuleinrichtungen	59	57	58	58	59	55	55	55	53	53	53	55	55*
Studierende	197.400	281.700	301.800	320.700	337.800	362.900	383.000	396.900	413.700	420.700	430.400	442.900	445.600
Anzahl der Studierenden pro 10.000 Einwohner (rechte Skala)	194	283	305	326	346	374	398	414	433	442	453	467	470

*davon 45 staatliche und 10 private

Quelle: Staatliches Statistikamt, <http://belstat.gov.by/homep/ru/indicators/uroven.php>